

Die Schweiz und ihre Politik

Zusammenhalt heisst unsere Zukunft

Schafft es Christoph Blocher doch noch, ein Schweizer Bundesrat zu werden, oder wird er ewig ein Zürcher SVPLer bleiben?

Die Politologin Regula Stämpfli und der Philosoph Georg Kohler über die Sackgasse, in der die Schweizer Politik steckt.

BEARBEITUNG: SIMON SPENGLER

Wer redet, was er will, muss hören, was er nicht will!

VON REGULA STÄMPFLI*

Vom Bundesratskrimi zur Bundesratskrise. Christoph Blocher teilt – wenn wir an den Röstigraben denken und den Umfragen glauben – das Land. Während die einen unaufgeregt auf Integration und den «Lame duck»-Effekt bauen (Ausdruck für einen Politiker, der aufgrund seiner begrenzten Amtszeit nicht mehr handlungsfähig ist), empören sich die anderen. Passieren tut jedoch nichts. Wer regiert denn die Schweiz?

Es gibt in jeder Epoche Herausforderungen. Die europäische Integration, der Siegeszug der Globalisierung und die Bedrohung durch den Terrorismus stellen gegenwärtig grosse politische Themen. Die osteuropäischen Länder hoffen auf die EU, der Euro baut an der Globalisierung, und Schengen versucht, mit einem Mindestmass an Sicherheit und Kontrolle, dem Terrorismus zu begegnen. Und was tut die Schweiz? Nichts. Weil seit den Wahlen 2003 kein nationaler Kompromiss mehr zustande kommt. Weil die SVP ein gut ausgehandeltes bilaterales Paket zwischen der Schweiz und der EU – siehe Kampf gegen Schengen – schon vor der parlamentarischen Beratung beerdigt.

DIES SIND HÄSSLICHE und zutiefst unschweizerische Misstöne. Bisher definierte sich die Schweiz über das funktionierende Zusammenleben verschiedener Kulturen und Denkweisen. Doch die derzeitige Polssituation mit starker SP und starker SVP blockiert.

Aber die Schweiz lebt nicht im Zweiparteien-, sondern immer noch im Mehrparteiensystem. Dies nicht aus Lust und Freude, sondern als Folge historischer Entwicklung. Denn es war ja auch schon mal

anders. Vor der Zauberformel von 1959 war die Politik schon einmal aufgrund von Polarisierung und wirtschafts- und aussenpolitischen Herausforderungen vergiftet.

1929 ZERSTÖRTE DER BÖRSENCRASH der Wall Street die Weltwirtschaft. 1933 ergriffen die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht. Der Zweite Weltkrieg folgte. Das stellte die Eidgenossenschaft vor existenzielle Fragen. Politik, nicht Propaganda war gefragt. An der Urne passierte damals, was wir heute wieder erleben: eine Blockade, die Lösungen verhindert. Immer wieder schafften es entweder die Linken oder die Rechten, alle Vorschläge zurückzuweisen. Die Mitte war orientierungslos. So griff der Bundesrat zum Notrecht – die direkte Demokratie gab es so nur noch auf dem Papier. 91 (!) Bundesgesetze wurden von 1930–1938 erlassen, ohne dass das Volk auch nur Pieps sagen konnte.

Was lehrt die Geschichte dieser «Demokratie im Ausnahmezustand»? Die Schweiz braucht eine Politik, die das Land nicht zer-

reisst, sondern zusammenhält. Die irriige Meinung, Oppositionelle würden sich in der Macht zähmen lassen, zeugt zwar von einer vornehmen und auf Hoffnung basierenden Haltung, realistisch ist sie aber nicht.

Christoph Blocher war noch nie ein schweizerischer Bundesrat, sondern immer nur ein Zürcher SVPLer. Wie meinte er doch selber anlässlich der Alibsgüetli-Tagung in diesem Jahr? «Ich hätte meine Wahl dem schweizerischen Politsystem nicht zugetraut, gerade weil ich es so lange kenne.» Blocher kennt das System tatsächlich gut. So ist er denn seit seiner Wahl weder integriert noch gezähmt noch konkordant geworden. Im Gegenteil. Er hat keine Gelegenheit versäumt, Öl ins Feuer zu giessen. Verwahrungsinitiative? Seine Sympathie für die Vorlage war offensichtlich. Einbürgerungsvorlagen? Seine Ablehnung nicht nur spür-, sondern im «Arena»-Auftritt und bei der Abstimmungspressekonferenz letzten Sonntag direkt erlebbar. Schengen? Als SVPLer ist er dagegen, als Bundesrat höchstens halbherzig verpflichtet.

Für die Schweiz als Ganzes ist das schlecht. Es geht ans Eingemachte. Zu wichtig sind die politischen Entscheide, die gefällt werden müssen. Es braucht eine Verständigung darüber, was gut ist für die Schweiz – und nicht nur für eine Partei.

Demokratie heisst: dem Volke dienen. Anstand, staatsmännisches Handeln und Fairness sind dabei unerlässliche demokratische Tugenden. Tugenden, die diesem Lande gerade in der gegenwärtigen Regierungszusammensetzung fehlen.

Regula Stämpfli lebt als Politologin und Dozentin in Brüssel und in der Schweiz. Sie hat mehrere Werke zur Geschichte und Politik der Schweiz und der EU verfasst. Ihr neuestes Buch: Vom Stimmbürger zum Stimmbürger. Das Abc der Schweizer Politik, Zürich 2003.

«Die derzeitige Polssituation mit starker SP und starker SVP blockiert»

Regula Stämpfli lebt als Politologin und Dozentin in Brüssel und in der Schweiz. Sie hat mehrere Werke zur Geschichte und Politik der Schweiz und der EU verfasst. Ihr neuestes Buch: Vom Stimmbürger zum Stimmbürger. Das Abc der Schweizer Politik, Zürich 2003.

Das Kichern, das Komitee und «Wir, das Volk»

VON GEORG KOHLER

Ehrlich gesagt, der Anblick war deprimierend. Links, mit gesenktem Kopf auf gespanntem Nacken, die Kampfbereitschaft kaum versteckt hinter einem breiten Lachen, das plötzlich in ein kieksendes Geräusch überging, Bundesrat Blocher. In der Mitte Kollege Leuenberger: hochgereckt, schmal, umständlich das mangelnde Engagement des Justizministers tadelnd (was diesen zum erwähnten Kichern brachte). Rechts, mächtig wie die Dents du Midi, Past President Couchepin, heiteren Gemüts und strahlend, als glänze die Abendsonne allein über den obersten Berggipfeln, während im Tal schon schwarzer Schatten liegt. So präsentierte sich die kleinere Hälfte unserer Landesregierung am letzten Sonntag, nach gewonnener/verlorener Abstimmungsschlacht vor den Fernsehaugen der Schweiz. Wenn der Satz: «Der schweizerische Bundesrat ist eine Kollegialbehörde» einen Sinn hat, dann sass da die dreifache Verneinung seiner Bedeutung.

NATÜRLICH, ICH WEISS, das ist kein Zufall und nicht das Resultat individueller Charakterschwächen. Das haben «wir» – das Volk der Parlamentswahlen im Oktober 2003, die Bundesversammlung vom letzten Dezember (und auch ich persönlich, ich gebe es zu) – so gewollt. «Wir» wollten eine den realen Parteikräften gemässe Zusammensetzung des Bundesrates und «wir» wollten Christoph Blocher (diese unbestreitbare Ausnahmefigur der schweizerischen Politik) beim Wort nehmen, wenn er gelobte, jetzt endlich auch Kompromisse zu akzeptieren und nicht nur Nein zu sagen.

Natürlich hat niemand, der bei Trost ist, erwartet, dass die neue «Formel» von Anfang an harmonisch funktioniert. Sie ist – und soll es sein – die Folge polarisierter und komplizierter Machtverhältnisse, was sich in entsprechend angepassten Regierungshandlungen zeigen muss; das ist klar. Doch die Bereitschaft, den Preis für die Mit-

gliedschaft im «Klub» zu zahlen, darf und muss man bei allen, die dabei sein wollen, voraussetzen.

«Alles oder Nichts» ist jedenfalls keine brauchbare Orientierung für die Geschäftsführung der eidgenössischen Regierungspolitik.

Warum diese Trivialitäten erwähnen? Ganz einfach, weil sie den Massstab liefern, mit dem «wir» beurteilen müssen, ob unser derzeitiges Regierungskomitee und dessen Mitglieder die gegebenen Aufgaben erfüllen oder nicht: «wir, das Volk». Auch «wir» – und nicht bloss Christoph Blocher – machen nämlich nach dreimal hundert Tagen und diversen Abstimmungen eine erste Zwischenbilanz.

ZUFRIEDEN SIND «WIR» NICHT, noch nicht; aber das war, wie gesagt, voraussehbar. Die Verschiebung im Kräftefeld der politischen Schweiz, die die letzten Bundesratswahlen zum Ausdruck gebracht haben, braucht Zeit, um ein neues Gleichgewicht zu finden.

Doch Zeit ist kostbar, und das Land steht vor Entscheidungen. Dazu drei Feststellungen.

Erstens: Blockaden vermag die Schweiz sich nicht mehr zu leisten, weder auf dem Feld der Europa- noch der Fiskal- noch der Sozialpolitik. Und der Glaube, es gebe bald eine breite Mitte-rechts-Mehrheit, ist eine Illusion; das haben die Abstimmungen des Jahres 2004 zweifelsfrei bewiesen.

Zweitens: Die demokratische Genehmigung der Bilateralen Verträge II, die zentrale Punkte unserer Beziehungen zur EU regeln, ist von grösster Dringlichkeit für das Land und seine Wirtschaft. Dazu gehören auch die Dinge, die unter dem Titel «Schengen» stehen. Wollen sich die SVP und ihr Chef tatsächlich als «Wirtschaftspartei» profilieren, dann darf hier nicht gekniffen und nicht gekichert und schon gar nicht auf die Karte Verteufelung der EU gesetzt werden.

Drittens: «Wir, das Volk» haben in die neue Konstellation der Führungsverantwortlichkeit eingewilligt, weil «wir» uns an die alten eidgenössischen Tugenden der pragmatischen Machtteilung und der Integrationsfähigkeit erinnerten; weil «wir» genau dieselben Tugenden auch Christoph Blocher und seiner Crew unterstellten. Und weil «wir» wussten, dass Kriterien existieren, an denen abzulesen sein wird, ob unsere Erwartung enttäuscht wurde oder nicht.

Wenn Christoph Blochers Wahl in den Bundesrat nicht mehr bewirkt hat als die Vertiefung allzu lang schon bestehender Handlungsdefizite der schweizerischen Politik, dann war sie unnötig und blosser Zeitverlust. Und «wir, das Volk» werden im Jahr 2007 erneut zu beschliessen haben – mit mindestens 35 zu 65 Prozent gegen die SVP.

Mag sein, dass Bundesrat Blocher daran dachte, als er so seltsam kicherte. Es klang auch ein bisschen nervös.

Georg Kohler (58) ist Professor für politische Philosophie an der Universität Zürich. Regelmässig analysiert er das politische Geschehen in der Schweiz. Sein neuestes Buch: Konturen der neuen Welt(un)ordnung, Berlin 2003.

«Die Verschiebung im Kräftefeld der politischen Schweiz braucht Zeit, um ein neues Gleichgewicht zu finden»

FOTOS: DANIEL FUCHS / BERNER ZEITUNG, GERRY NITSCHY / FDB

A06
173
TRA